

Das Wiederaufleben der radikalen Rechten in der Tschechischen Republik im Gewand der »neuen« Rechten

Lukáš Novotný

1 Einleitung

Die tschechische Politik hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt (vgl. Maškarinec/Novotný 2020). Das Fehlen einer funktionierenden Linken in Tschechien treibt Bürger¹, die von der Politik der derzeitigen Regierung frustriert sind, in die Arme von Rechtsradikalen und Populisten. In einer funktionierenden Demokratie wären sie typische Wähler der Sozialdemokratie (ČSSD), die jedoch eine große Krise durchgemacht hat und nicht im Parlament vertreten ist. Deshalb werden die Interessen der linken und unzufriedenen Wähler vordergründig von der Bewegung ANO 2011 unter der Führung des Agrarunternehmers und Millionärs Andrej Babiš vertreten (vgl. Hloušek/Kopeček 2022). Er ist seit 2011 in der Politik und hat nach und nach die vormaligen und nun verärgerten Wähler der bürgerlich-demokratischen Partei (ODS) (Betonung der Korruptionsbekämpfung im Parlamentswahlkampf 2013) und auch der ČSSD (Betonung des Schutzes der Interessen der Rentner und »einfachen Leute« im Parlamentswahlkampf 2017) gewonnen (vgl. Maškarinec/Novotný 2020; Hájek 2017). Die ANO als zentrale Kraft der tschechischen Opposition und auch die SPD (Partei der direkten Demokratie), die von dem in Japan geborenen Geschäftsmann Tomio Okamura geführt wird, punkten bei unzufriedenen Wählern, die vor der aktuellen, nicht sehr stabilen Fünf-Parteien-Regierungskoalition unter der Führung von Premierminister Petr Fiala enttäuscht sind. Während auf der Regierungsseite fünf Parteien stehen, bilden die Opposition zwei starke Parteien. Die SPD kann man dabei als radikalrechte Partei betrachten. Bei der ANO 2011 ist die Bezeichnung als radikale Rechte nicht eindeutig, wie später noch erläutert wird.

Die tschechische Politik hat sich also in den letzten Jahren stark gewandelt (vgl. Maškarinec/Novotný 2020). Die Schlüsselfiguren, die sie stark auf einen illiberalen

1 Im Text wird das generische Maskulinum verwendet, das jedoch alle Geschlechtsidentitäten einschließt.

Weg geführt haben, waren in erster Linie Präsident Miloš Zeman, der auf der Prager Burg zwei Amtszeiten zwischen 2013 und 2023 absolvierte, und Andrej Babiš, der in der Regierung zwischen 2013 und 2021 als Finanzminister (bis 2017) und dann als Premierminister (2017–2021) fungierte (vgl. Hanley/Vachudová 2018). Als Einführung in diesem Aufsatz ist es notwendig, die Position der ANO 2011 zu klären. Denn sie kann nicht eindeutig als radikale oder neue Rechte eingestuft werden, dafür ist sie programmatisch zu vielfältig und zum Teil widersprüchlich. In Bezug auf ihren politischen Stil wird sie von Experten als Vertretung eines technokratischen Populismus eingestuft, der technokratische und populistische Aspekte kombiniert (Guasti/Bušítková 2020; Havlík/Voda 2018; Havlík 2019).

Babiš ist ein gutes Beispiel für einen Populisten dieses Typs, der die Rechts-Links-Spaltung der Politik überwindet (Bickerton/Accetti 2021) und alles dem »Nutzen der einfachen Leute« unterordnet. Die ideale Regierungsform, so Babiš, sei es, »den Staat wie ein Unternehmen zu führen«, idealerweise wie seine Agrarunternehmen, denen es wirtschaftlich sehr gut geht. Da er seine beträchtliche wirtschaftliche, politische und mediale Macht zu seinem Vorteil nutzt, wird er oft als Oligarch und die ANO als eine Unternehmerpartei (*entrepreneurial party*) bezeichnet (Bušítková/Guasti 2019; Kopeček 2016). Ihm werden Interessenkonflikte vorgeworfen, weil er öffentliche Subventionen und staatliche Aufträge in Anspruch nimmt. Unternehmensparteien greifen bei ihrer Gründung oft auf ihren unternehmerischen Hintergrund zurück, so auch in ihrem berühmtesten Fall, der Partei von Silvio Berlusconi, wo Manager und Strukturen der Fininvest-Holding genutzt wurden. Eine andere Möglichkeit ist die Schaffung einer eigenen Parteioorganisation, die nach unternehmerischen Grundsätzen aufgebaut ist. Partei-Unternehmen vereinen also die Welten von Politik und Wirtschaft. Sie haben wenig gemein mit der traditionellen Vorstellung von politischen Parteien als soziale Einrichtungen, die Bürger und Politik verbinden. Sie orientieren sich naturgemäß an einer Geschäftsstrategie, und ihr Programm wird häufig von Beratern und Experten mit Hilfe von Marktforschungsmethoden maßgeschneidert. Sie versuchen, das attraktivste »politische Produkt« anzubieten und den Wähler als Verbraucher zu behandeln (Arter 2016; Vercesi 2015). Die logische Folge dieser Strategie ist die programmatische Unbestimmtheit und ideologische Flexibilität dieser Parteien, wie sie auch bei ANO 2011 gut sichtbar ist.

Die anderen Parteien bezeichnet der Parteivorsitzende Babiš als »voller Leute, die nur diskutieren und nichts lösen« und das Parlament als »Quasselstruppe«. Auch versucht er, den Eindruck zu erwecken, dass er auf die Bürger und ihren gesunden Menschenverstand hört. Hierzu geht er auf Bürger zu und fordert sie auf, ihm zu sagen, was sie wollen und worüber sie sich Sorgen machen. Diese Grundsätze finden sich auch in den Slogans der ANO wieder, z.B. »Wir sind eine fähige Nation, wir werden nur von ungeschickten Leuten regiert« (Stauber 2015). Passend dazu orientiert sich Babiš an Viktor Orbán und sieht sich als »Verteidiger der freien Welt«, gerade weil er die heutige, liberale Demokratie in der Krise sieht.

Trotz Babiš' Hang zum Illiberalismus, seiner politischen Bedeutung in der Tschechischen Republik und der Tatsache, dass er seine Gegner bei Kundgebungen als Faschisten und Nazis bezeichnet, werden wir uns in diesem Artikel jedoch nicht auf die ANO-Bewegung 2011 konzentrieren. Im Fokus steht stattdessen die SPD, übersetzt als Partei der direkten Demokratie, die nicht nur eine bedeutende Oppositionskraft in der Tschechischen Republik ist, sondern gegenwärtig auch, zusammen mit Babiš' ANO 2011, soziale Spannungen schürt, zu regierungsfeindlichen Demonstrationen aufruft und die Ängste der Menschen vor den wirtschaftlichen, aber beispielsweise auch sicherheitspolitischen Problemen, die sich heute stellen, verstärkt. Von besonderem Interesse ist die SPD, weil sie als einzige im Parlament vertretende Partei in der Tschechischen Republik der radikalen Rechten zuzurechnen ist. Wir werden hier nun ihre Entwicklung, ihre Programmatik und ihre aktuelle Situation erörtern. Das Ziel ist dabei, auch ihre gesellschaftliche Basis und die Entwicklung der überparteilichen radikalen Rechten im Allgemeinen zu untersuchen.

Daneben soll die Studie einen Überblick über die Entwicklung der radikalen Rechten und die Themen der neuen Rechten geben, einschließlich ihrer aktuellen Aktivitäten, aktuellen Probleme und anderen Besonderheiten. Die Schwerpunkte liegen auf den Meilensteinen in der Entwicklung der extremen Rechten, den Ursachen für ihren Aufstieg und dem aktuellen Zustand der parlamentarischen und außerparlamentarischen radikalen Rechten.

2 Entwicklung der radikalen Rechten

Der Zusammenbruch des Kommunismus in der Tschechoslowakei im Jahr 1989 öffnete die Tür für verschiedene neue Formen des politischen Engagements, darunter auch für radikale oder extremistische Parteien (vgl. Novotný/Thieme 2010). Der größte Teil der Gesellschaft schien mit der Richtung, die das Land nach 1989 eingeschlagen hat, zufrieden zu sein. Der wirtschaftliche Übergang und die Umgestaltung der Gesellschaft vom kommunistischen Totalitarismus zu einer demokratischen und liberalen Gesellschaft fanden in den Medien Widerhall und schienen von der Mehrheit der Bürger akzeptiert zu werden. Das Land entwickelte sich zu einem Paradebeispiel für wirtschaftliche Transformation innerhalb des ehemaligen kommunistischen Blocks und zu einem Vorreiter im Prozess der Integration in die Europäische Union (vgl. Schimmelfenning/Sedelmeier 2004). Zudem galt Tschechien als voll konsolidierte Demokratie (vgl. Merkel 2007). Aufgrund ihres für die Demokratisierung günstigen historischen Erbes (vgl. Kitschelt 2001), ihres Weges in die NATO (1999) und der Tatsache, dass sie keine allzu tiefgreifenden Folgen der Eurozonen- und Wirtschaftskrise von 2008–2012 zu spüren bekam, verfügte die Tschechische

Republik im Vergleich über gute strukturelle Bedingungen für eine demokratische Konsolidierung.

Doch bei näherer Betrachtung, etwa mit Blick auf die Wahlergebnisse, war die Kommunistische Partei (KSČM) seit Beginn der Existenz der freien Tschechoslowakei und dann der Tschechischen Republik im Parlament vertreten, wo sie in der Regel zwischen 10 % und 12 % erreichte, gelegentlich sogar noch mehr – im Jahr 2002 beispielsweise waren es 18 %. Bis 1998 war auch die Republikanische Partei unter der Führung von Miroslav Sládek in der Abgeordnetenversammlung vertreten, wo sie 1992 6 % und 1996 8 % erreichte. Zusammen erreichten diese beiden politischen Parteien, die Anti-System-Kräfte waren, somit etwa 20 Prozent der Wählerschaft (Novotný 2004; 2011; Charvát 2007).

Man kann also sagen, dass es während der gesamten 1990er Jahre mindestens ein Fünftel der Bevölkerung gab, das mit dem eingeschlagenen Weg nicht einverstanden war und den politischen Wandel, zumindest in der Form, in dem er stattfand, ablehnte. Diese Situation änderte sich im Jahr 1998, als Sládeks Republikaner aus dem Parlament ausschieden, während die Gewinne der Kommunistischen Partei im Wesentlichen stabil blieben (Mareš 2015). Zu diesem Zeitpunkt verschwand die extreme Rechte aus dem Zentrum der Politik. Dies schien zu bestätigen, dass die Mehrheit der Menschen mit dem politischen Wandel und dem Aufkommen der liberalen Demokratie wirklich einverstanden war (vgl. Hanley/Sikk 2016).

Seit dem Scheitern der SPR-RSČ bei den Parlamentswahlen 1998 verlor die Parteienfamilie der radikalen Rechten insgesamt ihre Vertreter in der Abgeordnetenversammlung für 5 Jahre (Deegan-Krause 2006; Hanley 2012). Gleichzeitig aber waren diese Parteien in den Nachbarländern der Visegrad-Vier politisch erfolgreich (siehe Jobbik in Ungarn, Slowakische Nationalpartei, Kotlebianer – Volkspartei Unsere Slowakei in der Slowakei oder Liga polnischer Familien) (Casal Bértoa 2014; Engler 2016). Der Grund für das Fehlen dieser Art von Parteien in Tschechien war die allgemeine Zersplitterung der rechtsextremen Szene aufgrund des Zerfalls der Republikaner. Nach dem Sturz des Parteivorsitzenden Miroslav Sládek konnte sich keine starke und charismatische Persönlichkeit profilieren, die die Szene hätte einen können und die auch medial und rhetorisch versiert gewesen wäre (Mareš 2011; Chytilek/Eibl 2011; Evans/Whitefield 1998).

Anders als in Westeuropa wurde der größte Teil der rechtsextremen Strömung zwischen 1998 und 2013 von Gruppen, die mit der Subkultur der Skinheads verbunden waren, gebildet, die für die nächsten fast 15 Jahre die Schlüsselrolle der rechtsextremen Szene und gleichzeitig der wichtigsten antisystemischen Kraft übernahm. Sie brachte die offene Verehrung des Nationalsozialismus und brachiale Gewalt in den öffentlichen Raum. Damit wurde sie jedoch nicht akzeptabel für viele »normale« Menschen, die zwar protestorientiert waren, aber offenen Nationalsozialismus und Gewalt ablehnten. Gleichzeitig konzentrierten sich das Innenministerium und die Polizeikräfte in dieser Zeit in ihrem Kampf gegen den Radikalismus auf Gruppen

mit subkulturellem Hintergrund, und lange Zeit wurde Radikalismus oder Extremismus zum Synonym für subkulturelle Skinhead-Gruppen. Diese Situation dauerte bis etwa 2013, als sich die letzte der aus der Skinhead-Subkultur hervorgegangenen Organisationsstrukturen (Nationaler Widerstand, Autonome Nationalisten) auflösten.

3 Ursachen für den Aufstieg der radikalen Rechten

Der Wandel erfolgte nach den Parlamentswahlen 2013, als Tomio Okamuras Partei Úsvit (Dämmerung) 8,8 % der Stimmen im Abgeordnetenhaus des tschechischen Parlaments erhielt. Diese Bewegung verteidigte ihre Position bei den nächsten Wahlen, obwohl sie nach Streitigkeiten über die Art und Weise, wie die Partei geführt und finanziert wurde, vom Vorsitzenden Okamura in SPD umbenannt wurde, die seitdem die Position der dritt- oder viertstärksten parlamentarischen Partei innehat.

Was hat diesen Wandel verursacht? Zuerst soll die Gründung einer neuen Partei erwähnt werden, die für ein breiteres Publikum akzeptabel war und immer noch ist, eines, das mehr oder weniger gegen das System ist, sich aber nicht mit dem offenen Neonazismus in Verbindung bringen will, zu dessen Ideen es sich meist auch nicht bekennt. Dies war ein wichtiges Symptom des Wandels. In der Vergangenheit wurden bereits solche Parteien gegründet, etwa die Nationale Partei (Národní strana) oder Dělnická strana (Arbeiterpartei), doch waren diese stets mit offen extremistischen Gruppierungen verbunden, die in der Tschechischen Republik keine Chance auf Erfolg hatten. Die Partei Úsvit bzw. die SPD stellt daher Alternativen dar, die eher die Dimension des Populismus als des Radikalismus betonen, sich verbal von Rassismus oder Antisemitismus distanzieren und sich auf die Tradition des Nationalismus und eine Kombination aus konservativen und sozialen Ansätzen berufen.

Das zweite Grund war der Wandel der extremen Rechten, der mit dem Al-Qaida-Anschlag auf die New Yorker Zwingstürme im Jahr 2001 zusammenhing. Die internationale Lage veranlasste die rechtsextremen Gruppen dazu, ihre Grundthesen so umzuformulieren, dass sie ihre Positionen legitimieren und ihr Image in einer Weise verändern konnten, die für die Öffentlichkeit akzeptabler war. Offener Rassismus und Antisemitismus wurden durch Anti-Islamismus ersetzt, Nationalismus durch Euroskepsis und die Forderung nach autoritärer oder totalitärer Herrschaft nach und nach durch die Forderung nach direkter Demokratie. Die SPD hat diese Themen in der tschechischen Politik am besten instrumentalisiert, und sie hat sich auch auf eine starke populistische und radikale Rhetorik verlassen, aber vor allem auf ein hochwertiges und sehr aggressives politisches Marketing. Dies wurde von der tschechischen Bevölkerung durchaus begrüßt. Umgekehrt wurden die verbündeten rechtsextremen Gruppen, die diesen Wandel nicht vollzogen, nach und nach

durch Gruppen ersetzt, die ihr äußeres Erscheinungsbild den neuen Bedingungen anpassten.

Das dritte Moment ist die Tatsache, dass die Tschechische Republik, ähnlich wie auch andere Staaten, in den letzten 15 Jahren mehrere ziemlich grundlegende Krisen verschiedener Art erlebt hat, die alle zur Erosion der pro-demokratischen Einstellungen beigetragen haben. Zunächst war es die »Große Depression« im Jahr 2008, die im tschechischen Umfeld zu einer Synergie zwischen rechtsextremen Gruppen und der Skinhead-Subkultur führte. Pogromversuche in nordböhmischen Städten, die seit langem für das problematische Zusammenleben zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der Roma-Gemeinschaft bekannt sind, fallen in diesen Zeitraum. Ein weiterer Meilenstein war die Griechenlandkrise im Jahr 2009, gefolgt von der ersten Ukraine Krise im Jahr 2014 und der Migrationskrise im Jahr 2015. Insbesondere letztere beschleunigte den Aufstieg von anti-islamistischen Gruppen (Císař/Navrátil 2019; Havlík 2015).

Es entwickelte sich jedoch noch ein weiteres, völlig neues Phänomen im Kontext der Migrationskrise, nämlich das allmähliche Entstehen einer Desinformationsszene. In ihrem Zentrum stand zunächst die Verbreitung der negativen Informationen über die Auswirkungen des Islams, die sich auf problematische Aspekte der muslimischen Religion konzentrierten, aber allmählich begannen verschiedene extremistische Gruppierungen, desinformative Narrative aus Westeuropa zu übernehmen. Ein wesentlicher Teil der heutigen Desinformationsszene hat hier seine Wurzeln. Die Tatsache, dass ein Großteil dieser Desinformationen in keiner Weise öffentlich in Frage gestellt wurde und im Gegenteil die meisten etablierten politischen Parteien eine einwanderungsfeindliche und oft explizit antiislamische Rhetorik an den Tag legten, hat jedoch eine wichtige Rolle bei ihrer Entstehung gespielt. So etwa unterstützte Präsident Zeman persönlich die Vertreter dieser extremistischen Szene mit Martin Konvička an der Spitze bei der Kundgebung zum 17. November 2015. Anti-islamische und desinformierende Narrative haben somit seither öffentliche Legitimität erlangt.

Der dritte Grund für das Erstarken der rechtsextremen Parteien war die inhaltliche Verschärfung der Fehlinformationen, die insbesondere im Zusammenhang mit dem Brexit und den Wahlen in den Vereinigten Staaten auftraten, bei denen Donald Trump gewonnen hat. Die Radikalisierung der Gesellschaft konnte nicht nur in der Tschechischen Republik, sondern auch in anderen Ländern beobachtet werden (z.B. die Gelbwestenbewegung in Frankreich). Diese dynamischen sozialen Spannungen werden seit 2020 vom Ausbruch der Covid-19-Pandemie überschattet, und auch die russische Invasion in der Ukraine, die bis heute andauert, stellt eine bedeutende Krise dar. Einige dieser Ereignisse waren international, andere eher lokal, aber sie alle trugen dazu bei, das Vertrauen in die Demokratie und ihre Werte bei einem Teil der tschechischen Gesellschaft zu untergraben.

4 Radikale Rechte im Parlament

»Wir werden die EU auf die englische Art verlassen«, »Wir wollen eine Regierung des gesunden Menschenverstands« oder »Frei zu denken, zu sprechen und zu atmen« sind einige der Wahlslogans der SPD, der erfolgreichsten rechtsradikalen und rechtspopulistischen Partei in der Tschechischen Republik in ihrer fast 30-jährigen Geschichte. Hinzu kommen die Forderung nach der Absetzbarkeit von Politikern, die Befristung der Amtszeit von Richtern, die Verstaatlichung von Gerichtsvollziehern, die Einführung von Volksabstimmungen, die Betonung des Schutzes des Landes vor Muslimen und der Versuch, eine populistische Mentalität zu schaffen, die unter anderem auf der Stereotypisierung von Ausländern und der angeblichen Gefährdung der tschechischen Nation beruht.

Sowohl für Úsvit als auch für die SPD gilt, dass es sich um die Geschäftsprojekte ihres Gründers Tomio Okamura handelt, eines Geschäftsmanns tschechisch-japanischer Herkunft mit Erfahrung als Senator und einem erfolglosen Kandidaten für die tschechische Präsidentschaft. Wie bei politischen Projekten von Unternehmern üblich, wurde die Úsvit-Bewegung im Mai 2013 gegründet, kurz vor den Abgeordnetenhauswahlen im Oktober. Ihre programmatischen Prioritäten forderten eine größere Macht des Volkes durch die Institutionen der direkten Demokratie (Referenden, Abberufung von Politikern, Volksinitiative). Úsvit unterstützte auch offen romafeindliche Positionen, aber in vielen Bereichen fehlten der Bewegung kohärentere Ansichten und ein Programm.

Ein wichtiger Punkt im Parteiprogramm ist die Frage der Einwanderung und die Notwendigkeit, »strenge Bedingungen für die Einwanderungspolitik der Tschechischen Republik festzulegen. Wir wollen keine unangepassten Einwanderer oder die Ankunft religiöser Fanatiker. Unser Ziel ist ein selbstbewusster und starker tschechischer Staat« (Úsvit 2013). Im Einklang mit anderen ähnlich gelagerten populistischen Gruppen fordert sie einen Stopp weiterer Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene.

»Wir werden die Souveränität im Bereich der Steuer- und Haushaltspolitik verteidigen. Wir sind gegen den Bankensozialismus, gegen die Überweisung von Geldern an insolvente ausländische Banken und gegen eine übermäßige europäische Bürokratie. Wir werden der Einführung des Euro nur zustimmen, wenn sie für die Tschechische Republik und ihre Bürger eindeutig von Vorteil ist, und nur nach einem Referendum.« (Úsvit 2013)

Ähnlich wie auch bei anderen Parteien der radikalen Rechten stellen wir auch bei der SPD fest, dass sie ideologisch nicht leicht zu verankern ist. Denn ihre programmatischen Schwerpunkte verbinden die extreme Linke und die Rechte. Wie der Name der Partei schon besagt, setzt die SPD auf ein System der direkten Demokra-

tie – wie Okamura selbst oft betont, nach dem Vorbild der Schweiz und Liechtensteins. An diesem Punkt zeigt sich seine Vorstellung von einer idealistischen Gemeinschaft gleichberechtigter Menschen, die ihre eigenen Vertreter wählen und abberufen. Insbesondere hat Okamura mehrfach eine Art vorsichtige Sympathie für linksextreme Ideen geäußert, etwa wenn er den Kampf für »bürgerliche Gleichheit und Freiheit« befürwortet. In diesem Sinne weist er eine Nähe zu den Kommunisten auf und schrieb dementsprechend in seinem Blog: »Es ist keine Schande, sich zu solchen Leuten zu bekennen« (Okamura 2012). Auch in der Sozialpolitik ist die SPD ideologisch schwer zu fassen – und steht der radikalen Linken nahe.

Im Gegensatz dazu macht sie sich jedoch die Rhetorik der extremen Rechten zu eigen, wenn sie ein Verbot der Förderung und Verbreitung des Islams fordert, den sie für eine »hasserfüllte Ideologie« hält, und für den Austritt des Landes aus der EU kämpft, deren »Diktat« (einschließlich z.B. der Einwanderungspolitik und der Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen) sie entschieden ablehnt. Ebenso hat sich Okamura wiederholt unmissverständlich gegen die Beitrittsgespräche der Türkei mit der EU ausgesprochen. Er ist ein Anhänger Israels, ein Unterstützer von Donald Trump und rühmt sich in Bezug auf seine Kontakte der Nähe zu Geert Wilders und Marie Le Pen, die Okamura als seine engsten Verbündeten betrachtet, auch durch seine Mitarbeit in der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit im Europäischen Parlament (vgl. Svačinová 2018). Was die Zusammenarbeit der Okamura-Partei im Ausland angeht, so arbeitet sie auch mit der deutschen Alternative für Deutschland zusammen, doch verläuft diese Kooperation nicht so intensiv. Das hat wahrscheinlich etwas mit der in der Partei nach wie vor verbreiteten antideutschen Stimmung zu tun.

In der Tschechischen Republik wird in dem regelmäßig veröffentlichten Jahresbericht über Extremismus festgestellt, dass die SPD die auffälligste Gruppierung mit vorherrschenden fremdenfeindlichen und virulenten nationalistischen Elementen ist (Innenministerium 2022). Der aktuelle Bericht, der extremistische Erscheinungen für das Jahr 2022 zusammenfasst, spricht von der Dominanz der SPD im politischen Spektrum, das sie durch antimuslimische, einwanderungsfeindliche und romafeindliche Reden abgrenzt. Die Rhetorik der Führer der Bewegung ist nun stärker auf die Opposition gegen Geflüchtete aus der Ukraine und auf wirtschaftliche Fragen ausgerichtet, die sie mit dem Konflikt in Osteuropa in Verbindung zu bringen versuchen. Der Krieg hat das Motiv der muslimischen Bedrohung in den Schatten gestellt und auch den Widerstand gegen die nachlassenden Maßnahmen gegen die COVID-19 Pandemie geschwächt. Interessant ist, dass Präsident Miloš Zeman mehrfach versucht hat, die Annahme dieser Berichte zu verhindern, gerade wegen der Verweise auf die SPD von Tomio Okamura. Die Aufnahme der SPD in den Bericht im Stellungnahmeverfahren wurde von der Burg sogar wiederholt als »völlig inakzeptabel« bezeichnet (idnes 2018). Nichtsdestotrotz wird die SPD in dem Bericht seit mehreren Jahren als der einflussreichste Akteur innerhalb der

nationalistischen politischen Strömung angesehen und bestimmte Äußerungen von Politikern der Bewegung werden häufig als fremdenfeindlich und hasserfüllt zitiert.

Okamura kritisiert regelmäßig das tschechische Innenministerium, das den Bericht veröffentlicht und die extremistische Szene beobachtet, mit dem Vorwurf, dass es den Bericht dazu benutzt, um politisch gegen seine Bewegung und seine Person vorzugehen. Hier stoßen wir tatsächlich auf ein methodisches Problem, das teilweise mit der unklaren Definition von Extremismus in der Tschechischen Republik zusammenhängt. Nach Ansicht des Innenministeriums besteht ein Widerspruch zwischen einem demokratischen Rechtsstaat und der Tatsache, dass Extremisten danach streben sollen, die heutige Demokratie durch eine Diktatur zu ersetzen. Dies lässt sich jedoch in der SPD – bezogen auf die Gesamtbewegung – nicht eindeutig nachweisen.

Die SPD ist für die heutige politikwissenschaftliche Forschung aus mehreren Gründen relevant. Erstens ist sie eine der radikalen und populistischen Parteien in Mitteleuropa mit überwiegend rechtsradikalen programmatischen Elementen. Ihr Konzept von Nation und Patriotismus, ihr Verhältnis zu den Eliten und zu den Verfassungsgrundsätzen der Tschechischen Republik, aber beispielsweise auch ihr Verhältnis zu ethnischen und anderen Minderheiten und die damit verbundene Fremdenfeindlichkeit sowie der emotionale und vereinfachende Politikstil, der auf die Grundinstinkte, Gefühle und Ängste der Menschen abzielt, sind in vielerlei Hinsicht typisch für die »neue« Rechte, nicht nur in der Tschechischen Republik, sondern auch in Mitteleuropa (van Hauwaert und Kessel 2018).

Ein wichtiges Element für die Analyse ist die Figur des Vorsitzenden Tomio Okamura, der ein prominentes Gesicht der tschechischen Politik, der Parteivorsitzende und ehemalige Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung ist. Okamura ist intensiv bemüht, eine Partei aufzubauen, die ihm streng untergeordnet ist, denn er hat Erfahrungen aus seiner ersten Bewegung, Úsvit, als seine eigene Partei ihn ausschloss. Er will keine Leute in der Partei haben, die stark, prominent und selbst in der Lage sind, Wähler an sich zu binden. Er ist ein typischer politischer Unternehmer, der buchstäblich seine Bewegung beherrscht. Er ist ein meisterhafter Rhetoriker, der die bestehenden politischen Eliten wirkungsvoll ins Visier nehmen und sich als Kämpfer gegen Korruption, als Verteidiger des Nationalismus und des (vermeintlichen) Volkswillens präsentieren kann. Wie bereits erwähnt, Okamura und seine SPD-Partei sind das erfolgreichste Projekt der radikalen Rechten in der postsozialistischen Geschichte der Tschechischen Republik.

5 Radikale Rechte außerhalb des Parlaments

Besonders interessant war in den letzten Jahren die Entwicklung im Bereich der anti-islamischen Gruppen. Diese ganze Szene erlebte nach 2015 eine Krise und löste sich auf Grund von Streitigkeiten um 2017 auf. Die meisten der bis dahin aktiven Internetseiten und Online-Gruppen, die mit ihr verbunden waren, blieben jedoch funktionsfähig und begannen allmählich, neue Desinformationen zu verbreiten. Ihr verbindendes Moment war ein völliges Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Parteien, die Ablehnung der Europäischen Union und ein allmählich wachsender Hass auf den westeuropäischen Liberalismus und die liberale Demokratie im Allgemeinen. Die stärkste Plattform für diese Einstellungen war das Webportal *Parlamentní listy* (Parlamentsblätter), das sich von einer ehemaligen Lobbyzeitschrift in ein Projekt verwandelte, das einer Reihe von Personen aus der Anti-Islam- und Desinformationsszene Raum zur Meinungsäußerung bot. *Parlamentní listy* wurde damit zum Aushängeschild der Desinformationsszene und profitierte von der Tatsache, dass in der Tschechischen Republik als postkommunistisches Land eine sehr starke Abneigung gegen jede Einschränkung der Meinungsfreiheit besteht, einschließlich der Einschränkung von Desinformationswebseiten.

Ein bedeutender Durchbruch in der Entwicklung der außerparlamentarischen extremen Rechten war die Massendemonstration auf dem Wenzelsplatz in Prag Anfang September 2022. Diese Demonstration, aber auch die insgesamt polarisierte Gesellschaft ist das Ergebnis der so genannten Polykrise, in der mehrere Krisen gleichzeitig stattfinden: die COVID-Krise hallt noch nach, es gibt einen Krieg in der geografischen Nachbarschaft, eine Flüchtlingskrise, eine Energiekrise sowie eine Finanzkrise. Nach Schätzungen der Polizei nahmen bis zu 70 000 Menschen an dieser Demonstration teil, zu der vor allem damals noch unbekannte Personen aufgerufen hatten. Die Demonstration richtete sich gegen die Politik der Regierung, insbesondere gegen die Preiserhöhungen, die vor allem mit dem Anstieg der Energiepreise zusammenhingen. Auf diese Demonstration folgten weitere, ähnlich gestaltete Protestaktionen, die mit mehr oder weniger großer Häufigkeit bis zum heutigen Tag fortgesetzt werden. Obwohl keine dieser Aktionen eine so große Zahl von Menschen erreichte wie die erste, war das Signal, das an die Regierung und die gesamte tschechische Öffentlichkeit gesendet wurde, ziemlich deutlich.

Die rechtsradikale Szene erfuhr zwar bereits einen bedeutenden Wandel während der COVID-19-Pandemie, der die Bereitschaft einiger Menschen, Desinformationen über die Pandemie anzuhören, auf sehr dramatische Weise bestärkte. Zu diesem Zeitpunkt fanden sich mehrere zuvor nicht-kooperierende Gruppen zusammen, vor allem aus der Desinformationsszene, und Gruppen, die kollektiv als Anti-Vax bezeichnet werden – d.h. diejenigen, die Impfungen ablehnen und dem Mainstream der Medizin im Allgemeinen sehr kritisch gegenüberstehen. Theorien über eine globale Verschwörung, die für die extreme Rechte charakteristisch sind, began-

nen die Desinformationsszene zu durchdringen und wurden mit dem Narrativ der negativen gesundheitlichen Auswirkungen von Impfungen in Verbindung gebracht. Vor allem Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen waren von den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie stark betroffen und ihre Frustration entlud sich häufig in der Unterstützung verschiedener Desinformationsgruppen und -organisationen, deren Bedeutung in dieser Zeit dramatisch zunahm. Diese Desinformationen fanden jedoch auch in bestimmten Teilen der Bevölkerung und vor allem bei Berufsgruppen, die von den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen der Regierung stark betroffen waren, wie z.B. Unternehmer oder Beschäftigte im Gaststättengewerbe usw., Anklang. Einige dieser Personen verließen die Desinformations-Szene nach dem Ende der Anti-Pandemie-Maßnahmen, aber viele blieben. Ziel ihrer Kritik ist zunehmend auch das europäische liberale Konzept der Demokratie, dem die autoritäre Persönlichkeit Wladimir Putins mehr oder weniger offen gegenübergestellt und das konservative, orthodoxe und LGBT-feindliche Russland als eine Art Vorbild hingestellt wird.

Besorgniserregend ist die Radikalisierung einiger rechtsextremer Bewegungen, die viele Parallelen zu dem aufweist, was wir in den Vereinigten Staaten beobachten. Die Gruppen, die zu den Demonstrationen aufrufen, sind jedoch noch zersplittert, ganz zu schweigen von der Tatsache, dass es in diesem politischen Segment eine große Konkurrenz gibt. Die SPD bewegt sich unter diesen unzufriedenen Menschen schon seit langem, und nach den Präsidentschaftswahlen buhlt auch Andrej Babiš um diese Stimmen, so wie er zuvor die ČSSD und die KSČM ausgeschlachtet hat.

Ein wichtiger Mobilisierungsfaktor für die außerparlamentarische extreme Rechte ist auch der russische Einmarsch in der Ukraine. Vor allem für die an Russland orientierten radikalen Rechten war er zuerst ein großer Schock. Die Szene verstummte zunächst für einige Wochen, unter anderem, weil die Reaktion der tschechischen Gesellschaft überwiegend pro-ukrainisch war. Doch nach und nach stützte sie sich jedoch mit zunehmender Intensität auf eine strikt pro-russische Interpretation des russisch-ukrainischen Konflikts sowie auf Kritik an der EU, den USA und der NATO. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage, die anhaltende Post-COVID-Inflation und der dramatische Anstieg der Energiepreise, der durch den Krieg selbst verursacht wurde, trugen wesentlich dazu bei.

6 Schlussfolgerung

Wenn wir verstehen wollen, welche Entwicklung in der Tschechischen Republik die extreme Rechte genommen hat und woher die Menschen kommen, die sich gegen die Regierung und den politischen Mainstream aussprechen und die Desinformation unterstützen, dann müssen wir die aktuelle Situation als Ergebnis mehrerer problematischer Schritte in der Vergangenheit betrachten.

Der erste ist die jahrelange Missachtung unzufriedener Bürger in den 1990er Jahren. Wir haben gesehen, dass es sich dabei um eine ziemlich große Gruppe handelt, die etwa 20 % der Wählerschaft ausmacht. Oft waren es Menschen, die man als Transformationsverlierer bezeichnen könnte, doch im Laufe der Zeit und als Folge der oben genannten Krisen hat sich diese Gruppe vergrößert und differenziert. Zweitens haben wir auch darauf hingewiesen, dass insbesondere infolge der Migrationskrise 2015 die Desinformationsszene in der Tschechischen Republik stark zugenommen hat. Ihre Argumente wurden oft von den etablierten politischen Parteien geteilt und damit legitimiert. Drittens besteht das Problem darin, dass die Tschechische Republik lange Zeit nicht in der Lage und willens war, Desinformationsnarrative wirksam zu bekämpfen. Der vierte Faktor, der die rechtsradikale Szene nährt, betrifft die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation eines Teils der Bevölkerung während der COVID-19 Pandemie und die mangelnde Fähigkeit der Regierungen, ihre Probleme zu lösen. Nicht zuletzt sind auch die aktuellen Auswirkungen der heutigen Polykrise zu nennen, wobei die derzeitige Regierung der fünf Koalitionsparteien nicht immer in der Lage ist, die Sorgen der Bürger zu beruhigen.

Die tschechische Politik ist beispielgebend, denn das Ignorieren unzufriedener Bürger und ihrer wirtschaftlichen Probleme führt zur sozialen Spannung und damit zur Radikalisierung (vgl. Novotný 2020). Tatsächlich erleben wir in der tschechischen Gesellschaft eine zunehmende Polarisierung, auf die der politische Mainstream noch keine wirksamen Antworten findet. So gibt es eine schwer zu quantifizierende Gruppe unzufriedener Bürger, die dem gegenwärtigen politischen System so sehr misstrauen, dass sie sich dessen völlige Veränderung wünschen. Und diese Gruppe wird seit langem von Leuten aus der Desinformationsszene ins Visier genommen. Dies geschieht sowohl aus rein pragmatischen Gründen (z.B. in Form von finanziellen Gewinnen für die Betreiber dank der Leserschaft von Desinformationswebsites) als auch aus geostrategischen Gründen, bei denen aktuell die prorrussische Ausrichtung eines erheblichen Teils der Desinformationsszene eine Rolle spielt.

Das tschechische Innenministerium warnt derzeit davor, dass sich in der Tschechischen Republik eine große und bisher unbekannte Gruppe von Unzufriedenen gebildet hat, die der Regierung nicht trauen und mit der Ausrichtung des Staates nicht einverstanden sind (vgl. Innenministerium 2022). Ihr neues Thema ist die Ukraine. Traditionelle Extremisten, politische Bewegungen und Vereinigungen, die vom Innenministerium überwacht werden, verlieren dabei an Einfluss, ob es sich nun um Kommunisten oder verschiedene andere kleinere Parteien und Milizen handelt. Eine Ausnahme bildet die SPD als Vertretung der »neuen« Rechten und neuerdings auch der Kommunist Josef Skala, der versucht, in den Raum dieser unzufriedenen Personen und konspirativen Vereinigungen einzudringen. Der Einfluss der konspirativen Medien nimmt zu, und für manche Menschen sind die Verschwörer die neuen Dissidenten. Dies stellt zweifellos eine neue Qualität der

Bedrohung für die tschechische Demokratie dar, und es wird interessant sein zu sehen, wie die Tschechische Republik versucht, diese Gefahren zu bekämpfen.

Literatur

- Arter, David (2016): »When New Party X has the ›X factor‹: On Resilient Entrepreneurial Parties«, in: *Party Politics* 22 (1), S. 15–26.
- Bickerton, Christopher J.; Accetti, Carlo Invernizzi (2021): *Technopopulism: the new logic of democratic politics*, Oxford: Oxford University Press.
- Bušťíková, Lenka; Guasti, Petra (2019): »The State as a Firm: Understanding the Autocratic Roots of Technocratic Populism«, in: *East European Politics and Societies* 2, S. 302–320.
- Casal Bértoa, Fernando (2014): »Party Systems and Cleavage Structures Revisited: A Sociological Explanation of Party System Institutionalization in East Central Europe«, in: *Party Politics* 20 (1), S. 16–36.
- Charvát, Jan (2007): *Současný politický extremismus a radikalismus*, Praha: Portál.
- Chytilík, Roman; Eibl, Otto (2011): »České politické strany v politickém prostoru«, *Sociologický časopis* 47 (1), S. 61–88.
- Císař, Ondřej; Navrátil, Jiří (2019): »FOR THE PEOPLE, BY THE PEOPLE? The Czech Radical and Populist Right after the Refugee Crisis«, in: Manuela Caiani; Ondřej Císař (Hg.), *Radical Right Movements Parties in Europe*, New York: Routledge.
- Deegan-Krause, Kevin (2006): *Elected Affinities: Democracy and Party Competition in Slovakia and the Czech Republic*, Stanford, CA: Stanford University Press.
- Engler, Sarah (2016): »Corruption and Electoral Support for New Political Parties in Central and Eastern Europe«, in: *West European Politics* 39 (2), S. 278–304.
- Evans, Geoffrey; Whitefield, Stephen (1998): »The Structuring of Political Cleavages in Post-Communist Societies: The Case of the Czech Republic and Slovakia«, in: *Political Studies* 46 (1), S. 115–139.
- Guasti, Petra; Bušťíková, Lenka (2020): »A Marriage of Convenience: Responsive Populists and Responsible Experts«, in: *Politics and Governance* 8 (4), S. 468–472.
- Hájek, Lukáš (2017): »Left, Right, Left, Right ... Centre: Ideological Position of Andrej Babiš's ANO«, in: *Politologický časopis* 3, S. 275–301.
- Hanley, Sean (2007): *The New Right in the New Europe: Czech Transformation and Right-wing Politics, 1989–2006*. London: BASEES/Routledge Series on Russian and East European Studies.
- Hanley, Sean (2012): »Dynamics of New Party Formation in the Czech Republic 1996–2010: Looking for the Origins of a ›Political Earthquake‹«, *East European Politics*, 28 (2), S. 119–143.

- Hanley, Sean; Sikk, Allan (2018): »Economy, Corruption or Floating Voters? Explaining the Breakthroughs of Anti-establishment Reform Parties in Eastern Europe«, in: *Party Politics* 22 (4), S. 522–533.
- Hanley, Sean; Vachudova, Milada Anna (2018): »Understanding the Illiberal Turn: Democratic Backsliding in the Czech Republic«, in: *East European Politics* 34 (3), S. 276–296.
- Havlík, Vlastimil (2015): »The Economic Crisis in the Shadow of Political Crisis: The Rise of Party Populism in the Czech Republic«, in: Hanspeter Kriesi; Takis S. Pappas (Hg.), *European Populism in the Shadow of the Great Recession*, Colchester: ECPR Press, S. 199–216.
- Havlík, Vlastimil (2019): »Technocratic Populism and Political Illiberalism in Central Europe«, in: *Problems of Post-Communism* 66 (6), S. 369–384.
- Havlík, Vlastimil; Voda, Petr (2018): »Cleavages, Protest or Voting for Hope? The Rise of Centrist Populist Parties in the Czech Republic«, in: *Swiss Political Science Review* 24 (2), S. 161–186.
- Hloušek, Vít; Kopeček, Lubomír (2022): »Strange Bedfellows: A Hyper-pragmatic Alliance between European Liberals and an Illiberal Czech Technocrat«, in: *East European Politics & Societies* 36 (1), S. 29–50.
- Idnes (2018): Okamurovo hnutí nepatří do zprávy o extremismu, zastal se Hrad SPD, https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/vyrocní-zprava-o-extremismus-sp-d-hrad-pripominky-okamura.A180618_101653_domaci_lre_vom.22.06.2023.
- Innenministerium (2022): Projevy extremismu a předsudečné nenávisť. Souhrnná situační zpráva 1. pololetí roku 2022, Praha: Ministerstvo vnitra ČR.
- Kitschelt, Herbert (2001): »Divergent Paths of Postcommunist Democracies«, in: Larry Diamond; Richard Gunther (Hg.), *Political Parties and Democracy*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Kopeček, Lubomír (2016): »I'm Paying, So I Decide«: Czech ANO as an Extreme Form of a Business-Firm Party«, in: *East European Politics and Societies* 30 (4), S. 725–749.
- Mareš, Miroslav (2005): »Sdružení pro republiku – Republikánská strana Československa«, in: Jiří Marek; Pavel Malíř (Hg.), *Politické strany: vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861–2004. II. díl, Období 1938–2004*, Brno: Doplněk, S. 1593–1604.
- Mareš, Miroslav (2011): »Czech Extreme Right Parties an Unsuccessful Story«, in: *Communist and Post-Communist Studies* 44 (4), S. 283–298.
- Maškarinec, Pavel; Novotný, Lukáš (2020): »Von links nach rechts: Wandel der regionalen Unterstützung für die technokratisch-populistische Bewegung ANO 2011 bei den tschechischen Parlamentswahlen 2013 und 2017«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 49 (4), S. 1–14.
- Maškarinec, Pavel; Novotný, Lukáš (2020): *Strany a vládnutí v digitální éře. Vybraná témata výzkumu politického stranictví*, Praha: Academia.

- Merkel, Wolfgang (2007): »Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa«, in: Politische Vierteljahresschrift 3, S. 413–433.
- Novotný, Lukáš (2004): »Länderportrait: Tschechien«, in: Uwe Backes; Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden: Nomos, S. 204–220.
- Novotný, Lukáš (2011): »Extremismus in Tschechien«, in: Eckhard Jesse; Tom Thieme (Hg.), Extremismus in den EU-Staaten. Wiesbaden: VS Verlag, S. 397–412.
- Novotný, Lukáš (2020): »Power Structure in Motion? Parliament, Government and the President in the Czech Republic«, in: Astrid Lorenz; Hana Formánková (Hg.), Czech Democracy in Crisis, Cham: Springer, S. 111–132.
- Novotný, Lukáš; Thieme, Tom (2010): »Die langen Schatten der Vergangenheit. Politischer Extremismus in Tschechien und der Slowakei«, in: Totalitarismus und Demokratie 7 (1), S. 105–121.
- Okamura, Tomio (2012): »Zase tu běhá strašák komunismu«, <https://okamura.blog.idnes.cz/blog.aspx?c=304478> vom 21.06.2023.
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (2004): »Governance by Conditionality: EU Rule Transfer to the Candidate countries of Central and Eastern Europe«, in: Journal of European Public Policy 11 (4), S. 661–679.
- Stauber, Jakub (2015): »Organizační vývoj nových politických stran v České republice pohledem teorie institucionalizace«, in: Acta Politologica 7 (2), S. 133–155.
- Svačinová, Petra (2018): »Úsvit: Potěmkinova vesnice přímé demokracie«, in: Lubomír Kopeček; Vít Hloušek; Roman Chytilík; Petra Svačinová (Hg.), Já platím, já rozhoduji, Brno: B&P Publishing.
- Úsvit (2013): Program strany. Volební program Úsvit přímé demokracie (online), <https://www.usvitnarodnikoalice.cz/program-hnuti/> vom 24.04.2019.
- van Hauwaert, Steven M.; van Kessel, Stijn (2018): »Beyond Protest and Discontent: A Cross National Analysis of the Effect of Populist Attitudes and Issue Positions on Populist Party Support«, in: European Journal of Political Research 57 (1), S. 68–92.
- Vercesi, Michelangelo (2015): »Owner Parties and Party Institutionalisation in Italy: Is the Northern League Exceptional?«, Modern Italy 20 (4), S. 395–410.

